

V0192/23

**Sanierung und Erweiterung der bestehenden Grundschule Haunwöhr,
Habsburgerstraße 15 in Ingolstadt**

- Projektgenehmigung

(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Bgm. Dr. Deneke-Stoll)

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 14.03.2023

Hinsichtlich der Kosten führt Herr Hoffmann aus, dass auch er über die hohe Summe, von 39 Mio. Euro überrascht gewesen sei. Bei der ersten Programmgenehmigung im Jahr 2020 hätten sich die Kosten noch auf 24 Mio. Euro belaufen. Aufgrund der Vergrößerung von ca. 100 m² der HNF im Jahr 2021 und der Preise, die bereits zum damaligen Zeitpunkt anstiegen, beliefen sich die Kosten dann auf 26,4 Mio. Euro. Dies sei im Grunde die Ausgangslage gewesen. Man habe noch nichts ausgeschrieben oder gebaut, weswegen man davon ausgehen müsse, dass die heute am Markt üblichen Preise bezahlt werden müssen. Auf die Ausgangslage von 26,4 Mio. Euro müsse der Baupreisindex hinzugerechnet werden. Dieser seien vom Oktober 2021 bis Ende des 4. Quartals 2022 23,5 Prozent gewesen, die auf die Summe von 26,4 Mio. Euro hinzugerechnet werden müsse. Damit ergäben sich 32,5 Mio. Euro. Gerundet sei man bei 33 Mio. Euro. Auch die Außenbereiche hätten zur Kostensteigerung beigetragen, da diese komplett umgestaltet und umstrukturiert werden müssen. Ansonsten laufe man Gefahr keine schulaufsichtliche Genehmigung zu bekommen. Die 39 Mio. Euro der Endsumme seien durch den Baupreisindex der geplanten zwei Jahre Bauzeit, der nochmal hinzugerechnet werden müsste, zustande gekommen. Dieser sei mit 3,5 Prozent sehr optimistisch berechnet worden, erklärt Herr Hoffmann, könne jedoch deutlich höher sein. Dies seien 2,4 Mio. Euro. Dazu komme noch das Projektrisiko von 3,5 Mio. Euro. Nur wenn dieses Risiko eintrete, beliefen sich die Kosten letztenlich auf 39 Mio. Euro. Des Weiteren weist Herr Hoffmann auf einen Fehler in der Vorlage hin. Die Fördersumme sei zu gering berechnet worden. Inzwischen seien die Fördersätze deutlich gestiegen und auch die förderfähige Fläche sei etwas größer geworden, so Herr Hoffmann. Damit steige die Summe von 7,6 Mio. Euro auf 10,7 Mio. Euro, die man wohl mindestens an Fördermitteln bekommen könne. Im Ausschuss für Sport und Freizeit seien Fragen aufgekommen, die im heutigen Ausschuss für Kultur und Bildung ebenfalls beantwortet werden sollen. Zum einen, sei die Frage gestellt worden, warum man unbedingt eine Pelletheizung für die Schule nehmen wolle. Ein Grund dafür sei, dass man auf keinen fossilen Energieträger gehen wollte. Öl und Gas kämen eigentlich nicht mehr in Frage. In diesem Stadtgebiet gebe es bisher noch keinen Fernwärmeanschluss, weshalb diese Option ebenfalls nicht möglich sei. Wärmepumpen seien zwar ein Alternativmodell, jedoch benötigten Altbauten höhere Vorlauftemperaturen im Heizsystem. Im vorliegenden Fall sei nicht nur die Schule, sondern auch Kita und die Ballspielhalle zu beheizen, wo man die Heiztechnik austauschen werde. Zwar könnte in der Schule eine Heiztechnik nicht mit niedrigeren Vorlauftemperaturen einbauen, jedoch ginge das aufgrund der mitzubeheizenden anderen Gebäuden nicht. Nichtsdestotrotz sei man immernoch der Meinung, dass die Nachhaltigkeit nicht so schlecht zu werten ist. Anders als bei Hackschnitzel, die nicht in Frage kommen, werde das Pellet fast ausschließlich aus Reststoffen bei der Holzverarbeitung, hergestellt. Nur ein kleiner Anteil sei minderwertiges Frischholz. Insofern werde davon ausgegangen, dass keine Bäume extra für die Pelletproduktion gefällt werden. Der möglichen Feinstaubbelastung, die gegebenenfalls durch die Verbrennung auftrete, sei man ebenso nachgegangen. Damit man die Bundesförderung BEG (Bundesförderung für effiziente Gebäude) erhalte, habe man einen einzuhaltenden Mindestwert von 0,015g g/m³, der auch erreicht würde. Man schätze deshalb

die Sachlage so ein, dass die Abluft als sauber betrachtet werden könne. Auch die Belieferung der Pellets habe man überprüft und berechnet. Aufgrund des alten Heizhauses mit einem größeren Raum von 100 m³ Fassungsvermögen, komme man mit sechs Lieferungen im Jahr aus. So laufe man auch keine Gefahr, dass täglich ein LKW zur Nachlieferung von Pellets kommen müsse, was wiederum mit Emissionen verbunden wäre. Natürlich sei das Ganze nur eine Übergangstechnik. Es werde mit den Stadtwerken alles daran gesetzt, vielleicht auch in diesem Stadtteil Fernwärme zu bekommen. Die Sanierung des Apian Gymnasiums stehe irgendwann an. Die Schule wäre ein großer Verbraucher für Fernwärme und dann wäre Haunwöhr nicht mehr weit, denkt Herr Hoffmann. Vielleicht schaffe man es auch durch ein Blockheizkraftwerk, falls die Fernwärme noch lange brauche, die Schule durch ein Nahwärmenetz zusätzlich zu versorgen. Kurzfristig schlage man jedoch weiterhin das Heizen mit Pellets vor. Hinsichtlich der Frage, ob Kunst- oder Naturrasen, sei es so, dass der Naturrasen bei guter Pflege durch seine lange Haltbarkeit der nachhaltigste und ressourcenschonendste Sportbelag, ist. Zudem besitze er durch seine Funktion als Sauerstoffproduzent, sowie die klimaregulierende und bodenschützende Wirkung, einen positiven Einfluss auf die Umwelt. Nachteilig wirke sich jedoch der höhere Wasserverbrauch und der Einsatz von Düngemitteln aus. Herr Hoffmann berichtet, dass er solche Sportrasen bereits betreut habe und deswegen aus Erfahrung sagen könne, dass eine enorm hohe Düngemittelmenge anfiere. Man dünge durchschnittlich dreimal im Jahr und manchmal auch häufiger, damit der Rasen gut wachse. Aus ökologischen Gesichtspunkten sei der Naturrasenplatz dem Kunstrasenplatz eigentlich vorzuziehen, sofern die Nutzungsdauer von 800 Stunden nicht überschritten werde. Denn in diesem Fall werde ein weiterer Sportplatz nötig. Dann habe man zwei Sportrasenfelder, die mit Naturrasen in dem Sinne nicht mehr viel zu tun hätten, da diese aus ein wenig Humus und allen möglichen Drainageschichten bestünden, die wiederum gedüngt und gewässert werden müssten. Dann mache man lieber das zweite Sportfeld mit einer vernünftigen Bepflanzung, wie Büschen und Bäumen, die was wert sind. Dann könne man sich den Kunstrasen aus Sicht von Herrn Hoffmann leisten. Der Vorschlag sei, den Rasen nicht mit Kunststoffgranulat sondern Sand zu beschweren. Dies sei umweltfreundlicher, da der Sand nicht gewässert werden müsse und gut strapazierbar sei. Den Rasen könne man dann 15 Jahre lang bespielen, danach schreddern und wieder einen neuen Kunstrasen daraus herstellen. Wenn man nur ein Feld brauche, sei der Rasen vorzuziehen. Habe man jedoch ein Feld, welches über 800 Stunden im Jahr genutzt werde, dann sei der Kunstrasen zu empfehlen.

Der Hockey-Verein des SV Ingolstadt-Haunwöhr e. V. nutze den Platz ebenso, weswegen Kunstrasen aufgrund der Abnutzung und der Gegebenheit des Platzes sinnvoller sei, ergänzt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Im Donaukurier habe es bereits einen Artikel zur Haunwöhrer Grundschule gegeben, der die Teuerung thematisiere, berichtet Stadtrat Reibenspieß, weswegen er dazu etwas Grundlegendes sagen müsse. Die Teuerung betreffe nicht nur Schulen, sondern alle Bereiche und die Ursachen dafür seien allgemein bekannt. Die momentane Situation werfe die Frage auf, ob das Wachstum bezüglich der Schulen falsch eingeschätzt und zum Beispiel die Gebrüder-Asam-Mittelschule zu klein gebaut worden sei. Er denke dabei an die Planungen zur Grundschule Hundszell mit zwei Klassen, die bald auf vier Klassen erweitert worden sei. Man könne sich zukünftig sogar eine eigenständige Hundszeller Grundschule vorstellen. Auch die Planungen für die Grundschule Unserherrn deckten gerade so den aktuellen Bedarf ab. Gerade die Großprojekte fielen häufig relativ klein aus, was Stadtrat Reibenspieß für bedenklich hält. Wenn man Geld für Schulen und Kindergärten ausbebe, müssten auch die benötigten Räume und Freiflächen ausreichend zur Verfügung stehen. Schließlich gebe die Stadt Ingolstadt hierfür laufend Geld aus und sehe das als ständige Daueraufgabe, denn die Schulen müssten sich an die wandelnden Bildungsanforderungen anpassen. Vor einigen Jahren hätten viele Jugendsozialarbeit an einem Gymnasium für überflüssig gehalten. Heute gebe es an den Schulen eine Berufseinstiegsbegleitung, die Jugendsozialarbeit, einen schulpsychologischen Dienst und eine Mittags- und Ganztagsbetreuung. Man dürfe auch nicht die digitale Entwicklung und die sich

verändernden gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die auf Schulen einwirken würden, vergessen. Das alles würden hohe Kosten bedeuten. Es müssten Schulen gebaut werden, die eine fördernde Lernatmosphäre und Raum zur Entfaltung bieten und nicht dadurch begrenzt werden, dass es dafür keine Fördermittel gebe. Wenn den Kindern auch zur Chancengleichheit Schulen angeboten werden sollen, die über dem Niveau des Förderprogramms lägen, sollte man sich dafür entscheiden, auch mit städtischen Mitteln einzugreifen, wenn dies als sinnvoll erachtet werde, so Stadtrat Reibenspieß. Die Landesregierung müsse bei den Teuerungen und den notwendigen, modernen und adäquaten Schulausbauten Rechnung tragen, indem sie Fördermaßnahmen anpasst und zwar sowohl für die Renovierung-, Sanierungsarbeiten und Neubauten von Schulen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt Stadtrat Reibenspieß zu, dass sich die Rahmenbedingungen ändern müssten. Auch in den letzten Jahren habe man immer wieder Schulen gebaut und viel in die Wege geleitet. Allerdings sei die allgemeine Kostensteigerung immer wieder der Grund, warum sich Bauvorhaben verteuern. In den vergangenen Jahren sei sehr viel Geld für den Schulbau eingestellt worden. Das konnte oft nicht abgearbeitet werden, weil die Kapazitäten zu gering gewesen seien.

Herr Engert entgegnet an Stadtrat Reibenspieß, dass man keine zu kleinen Schulen plane. Man plane die Schulen nach besten Wissen und Gewissen, betont er. Man benötige für die Schulbauten die schulaufsichtliche Genehmigung der Regierung von Oberbayern. In diesem Rahmen bewege man sich mit einer Prognose, die von einem Wachstum ausgehe. Man versuche möglichst genau zu prognostizieren und dafür Schulgebäude zu bauen, die, was das Platzangebot und die Raumorganisation betreffe, nicht mehr mit traditionellen Schulgebäuden vergleichbar seien. Hinsichtlich des Bereichs Ganztagschule plane man bei der Grundschule Haunwöhr mit 80 Prozent der prognostizierten Grundschul Kinder. Diese Anzahl habe man bisher noch nicht erreicht, gehe aber von einem Anstieg aus. Das bedeute, dass ausreichend Raum eingeplant sei, um auch weitere Entwicklungen aufzufangen. Allerdings können Entwicklungen, die man heute selbst noch nicht vorhersehen könne, auch nicht eingeplant werden. Alles, was absehbar sei und von dem man ausgehen könne, sei in die Schule Haunwöhr miteingeplant. Natürlich gebe es durchaus alte Schulanlagen, die zu klein seien. Jedoch herrschten bei den neu gebauten Schulen ganz neue Schulsituation. So sei in der Ungernederstraße ein Zusatzgebäude für die Ganztagschule gebaut worden. Der Pausenhof sei durch das Grundstück begrenzt. Wenn die Schule noch viel größer werden solle, könne man dies nicht durch einen weiteren Anbau an bestehenden Schulen lösen, sondern nur durch neue Schulen.

Stadtrat Achhammer fragt, wie groß der Kunstrasenplatz sein werde. Ihn wundere der Preis, denn der FC Gerolfing habe erst von ein paar Wochen den Bau eines Kunstrasenplatzes für ca. 400.000 Euro beschlossen.

Der Platz bemesse sich auf 40 Meter mal 60 Meter, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Jetzt bekomme man wieder vor Augen geführt, wie dringlich es sei, einen weitsichtigen und vorausschauenden Schulbauplan aufzustellen, betont Stadtrat Dr. Schickel. Dies habe man immer wieder gefordert. Es stünden die Sanierungen von mindestens zwei großen Gymnasien in den nächsten Jahren bevor, bei denen wahrscheinlich Containerlösungen mit in Erwägung gezogen werden müssten. Man gehe in die Planung einer weiteren Realschule und eines weiteren Gymnasiums, was bedeute, dass unverzüglich in die weiterführende Schullandschaft investiert und endlich ein entsprechender Schulbauplan aufzusetzen sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll entgegnet an Stadtrat Dr. Schickel gewandt, dass es einen Schulbauplan gebe.

Dies betreffe das Baureferat genauso wie den Kulturreferenten, erklärt Herr Engert. Ein Schulbauplan sei vorhanden, antwortet er an Stadtrat Dr. Schickel gewandt. Es gebe eine mittelfristige Finanzplanung, bei der sämtliche Schulbauten zeitlich eingetacktet seien. Die Ingolstädter Gymnasien seien für die Schülerzahlen aus Ingolstadt ausreichend, weshalb in Ingolstadt kein weiteres gebaut werde. Die fehlenden Gymnasialplätze betrafen Landkreisschüler. Dieses Problem könne nur gemeinsam mit den Landkreisen gelöst werden. Eine Realschule werde gebaut. Dafür sei bereits ein Grundsatzbeschluss gefasst worden. Aber auch die Grundstückssituation in Ingolstadt sei enorm schwierig, betont er. Bei der Sanierung des Apian-Gymnasiums gehe man davon aus, dass keine oder nur sehr wenige Container gebraucht würden, weil die Sanierung dann beginnen solle, wenn das Bauteil Nord frei ist. Dann sollte jeweils ein Bauteil saniert und das Freistehende genutzt werden, um die Schüler zu beschulen und dort möglichst eine Containernutzung zu vermeiden. Hinsichtlich der Realschule sei man der Meinung, dass nach dem Auszug der Wirtschafts- und Tilly-Realschule am Brückenkopf, mit über 600 Schüler dort, eine neue Realschule gegründet werden könne, bis man den Neubau habe.

Zum einen habe man das Schulbauprogramm für die Neubauten, führt Herr Hoffmann aus, und die Mittelschulen und die Grundschulsanierungen seien in dem Schulbauplan miteingeplant. Im strategischen Immobilienmanagement habe man bei den Schulen den Bestand bewertet. Er kündigt an, dass dafür noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage kommen werde. Zur nächsten Lenkungskreissitzung sei bereits eingeladen worden, in der eine Reihenfolge der Schulsanierungen vorgeschlagen werde.

In der Vorlage müsste Kunstrasenspielfeld und nicht Rasenspielfeld stehen, findet Stadtrat Achhammer. Denn das habe zu Verwirrung geführt.

Es handle sich hierbei um einen Antragspunkt, antwortet Herr Schächtl an Stadtrat Achhammer gewandt, welcher noch nicht entschieden sei, weswegen man diesen neutral gestalten müsse. Der Mehrpreis für den Kunstrasen inklusive der Flutlichtanlage seien 187.000 Euro. Je die Hälfte der Kosten seien für den Kunstrasen und die Flutlichtanlage.

Für die sportliche Nutzung sei natürlich beides sehr wünschenswert, erklärt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, wobei noch nicht ganz entschieden sei, ob die Flutlichtanlage im Hinblick auf die umliegende Wohnbebauung realisiert werden könne.

Stadtrat Reibenspieß weist daraufhin, dass bei der letzten Grafik der Vorlage, die beiden Spielfelder eingezeichnet seien und man daraus die Maße besser entnehmen könne. Das eine sei ein Allwetterplatz mit 20 Meter mal 28 Meter und das andere das Kunstrasenfeld mit 40 Meter mal 60 Meter, welches als Rasenspielfeld angegeben sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.